



Am 21. Dezember 1906 wurde die Wahlrechtsreform beschlossen.

Die erste echte Wahl

Vor hundert Jahren: Sozialdemokraten auf Antrieb die stärkste Partei im österreichischen Parlament.

MANFRED SCHEUCH

Vor hundert Jahren, am 14. Mai 1907, wurde in Österreich der Reichsrat (so hieß das Parlament in der Monarchie) zum ersten Mal nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht gewählt. Vor allem die Sozialdemokratie hatte um das allgemeine Wahlrecht jahrelang gekämpft. In Deutschland war es bereits 1871 eingeführt worden, und als selbst der russische Zar 1905 eine durch Wahlen zu bildende Volksvertretung, die Duma, zulassen musste, konnte sich Österreich der durch Massendemonstrationen der Arbeiter unterstrichenen Forderung nicht mehr verschließen. Die Christlichsozialen Luegers schlossen sich der Agitation, wenn auch zögerlich, an. Kaiser Franz Joseph sah angesichts der Revolution in Russland 1905 und auch mit dem Blick auf den ausufernden Nationalitätenstreit die Dringlichkeit der Reform ein. Auch sollte das Wahlrecht in Österreich ein Druckmittel gegen den ungarischen Reichsteil sein; allerdings konnten die magyarschen Großen die

Einführung allgemeiner Wahlen aus Angst vor den übrigen Volksgruppen – leider erfolgreich – verhindern.

NUR MÄNNER DURFTEN WÄHLEN

Am 21. Dezember 1906 wurde die Wahlrechtsreform beschlossen. Sie gab allen mehr als 24 Jahre alten männlichen Staatsbürgern das Wahlrecht. (Dass Frauen ausgeschlossen blieben, war damals keine österreichische Besonderheit. Abgesehen von Neuseeland, das die Frauen seit 1893 wählen ließ, gab es – ausgenommen regionale Sonderregeln wie in dem damals russischen Finnland – in keinem Staat der Welt das Frauenwahlrecht. Vorreiter in Europa wurde 1913 Norwegen, gefolgt von Dänemark; in Österreich und Deutschland machte erst die Republik 1918/19 die Frauen wahlberechtigt. Das Schlusslicht in Europa bildete die Schweiz, wo erst 1990 auch im letzten Kanton das Frauenwahlrecht eingeführt wurde).

Angesichts der Tatsache, dass noch 30 Jahre zuvor nur ganze sechs Pro-

zent der Bevölkerung – Privilegierte aus dem Adel und den reichsten Steuerzahlern – ihre Vertreter in den Reichsrat wählen konnten, war das neue Wahlrecht ein großer Fortschritt. Es war kein Verhältniswahlrecht, wie es dann die Republik Österreich einführt, sondern die ganze österreichische Reichshälfte war in 516 Einer-Wahlkreise unterteilt. Als gewählter Abgeordneter galt, wer die Mehrheit der Stimmen erhielt; bei knappen Ergebnissen gab es Stichwahlen. Bei der Einteilung der Wahlkreise war die deutsche Bevölkerung, die 35 Prozent der Bevölkerung ausmachte, insofern bevorzugt, als sie 43 Prozent der Mandate stellte. Man berief sich dabei darauf, dass die deutschen Gebiete mehr als 63 Prozent der österreichischen Steuerleistung aufbrachten.

SIEG DER SOZIALDEMOKRATEN

Das Großbürgertum, durch die Liberalen vertreten, und der konservative Hochadel wehrten sich verbittert, aber vergeblich gegen das neue Wahlrecht.

Es war für sie ein Kampf ums politische Überleben. Die Ergebnisse der ersten allgemeinen Wahl brachten denn auch ein völlig anderes Bild der sozialen Zusammensetzung des Parlaments. Als Sieger gingen die zwei in den Jahren zuvor gegründeten Massenparteien hervor: die Sozialdemokraten als Vertreter der Arbeiter und die Christlichsozialen mit ihrer vor allem kleinbürgerlichen Klientel.

Die Partei Victor Adlers hatte Grund zum Jubel: Mit 87 Abgeordneten (durch Stichwahlen dann 89) war sie als stärkste Kraft aus der Wahl hervorgegangen. Allerdings gliederte sich der Gesamtverband der sozialdemokratischen Abgeordneten in nationale Klubs: In ihnen waren die deutschen Sozialdemokraten mit 50 Mitgliedern vertreten, gefolgt von 24 Tschechen und den kleineren Gruppen der Italiener, Polen und Ruthenen (Ukrainer). Mit Victor Adler an der Spitze saßen nun viele der Männer im Reichsrat, die bis weit in der aus den Trümmern der Monarchie hervorgegangenen kleinen Republik Österreich die sozialdemokratische Politik bestimmten. Namen wie Seitz, Pernerstorfer, Ellenbogen, Schuhmeier, Eldersch, Renner, Hanusch, Glöckel und andere sind aus der österreichischen Geschichte nicht wegzudenken.

LUEGER ALS GESCHICKTER TAKTIKER

Als stärkste Fraktion hätten die Sozialdemokraten das Recht gehabt, den Präsidenten des Parlaments zu stellen. Das war für die bürgerliche Seite eine ungeheuerliche Vorstellung, und um dies zu verhindern, fusionierte Karl Lueger seine Christlichsoziale Partei

mit den Resten der Konservativen, die den Großgrundbesitz und die von der Kirche beeinflussten ländlichen Gebiete vertraten. Die so gebildete christlichsoziale Reichspartei konnte sich mit nunmehr 96 Sitzen vom zweiten auf den ersten Platz vordrängen.

„ROTE“ REICHSHAUPTSTADT WIEN

Ein Blick auf die Karte der deutsch-österreichischen Wählerschaft von 1907 ergibt ein in mancher Hinsicht überraschendes Bild: Die Wahlkreise des heutigen Gebiets der Republik (einschließlich Südtirols) wurden – sieht man von der Reichshauptstadt Wien und einigen wenigen Städten ab – einheitlich von christlichsozial-konservativen Mandataren vertreten. Die einzige Ausnahme bildete Kärnten: Hier wurden zwei Wahlkreise, Klagenfurt und Villach, sozialdemokratisch, vier andere eroberte die Deutsche Volkspartei und den südöstlichen die slowenischen Klerikalen. Von den 33 Wiener Wahlkreisen fielen die Bezirke 10–12, 14–16 und 20–21 an die Sozialdemokraten, die Innenbezirke sowie 13 und 17–19 an die Christlichsozialen, zwei innere Bezirksteile an die Liberalen. Die drei Linzer Wahlkreise erwiesen sich als rote Hochburg, in Graz wurden zwei der vier Wahlkreise sozialdemokratisch, zwei deutsch-national, in Innsbruck gewann die SDAP einen der zwei Wahlbezirke. Für sie gab es Erfolge auch in Krems, St. Pölten, Liesing, Lilienfeld, Wiener Neustadt, Ebreichsdorf, Neunkirchen, Eisenerz und Bruck an der Mur. Als sozialdemokratische Hochburgen in den deutschsprachigen Gebieten Böhmens erwiesen sich unter

anderem die Wahlkreise Karlsbad, Joachimsthal, Teplitz, Aussig, Tetschen, Reichenberg und in Schlesien Römerstadt und Freudenthal, also vorwiegend die Industriegebiete.

AUFSTIEG DER DEUTSCHNATIONALEN

Die dritte Kraft im Reichsrat waren die diversen deutschnationalen Parteien – Deutsche Volkspartei, Alldeutsche, Deutschradikale, Deutsche Arbeiterpartei. Sie führten vor allem den Kampf mit den tschechischen



Parteien, von denen die Sozialdemokraten sich von Adlers Partei separiert hatten. Bei der zweiten (und letzten) Wahl in der Monarchie 1911 wurden die Deutschnationalen durch den Zusammenschluss zum Deutschen Nationalverband mit 104 Abgeordneten vorübergehend zur stärksten Fraktion vor Sozialdemokraten und Christlichsozialen. Infolge Suspendierung des Parlaments wegen der nationalen Streitigkeiten konnte jenes 1914 nicht einmal mehr zum Ausbruch des Weltkriegs Stellung nehmen. Als es 1917 wieder zusammentrat, war Österreich-Ungarn nicht mehr zu retten. ■